

## Autoritärer Etatismus. Elemente eines staats- und krisentheoretischen Konzepts von Nicos Poulantzas

Im folgenden soll das Konzept des autoritären Etatismus dargestellt werden, mit dem Nicos Poulantzas eine neue Form des Staates bezeichnete, die er im Zuge der ökonomischen und politischen Krisenprozesse der 1970er Jahre entstehen sah. Hierzu werde ich zunächst den staats-theoretischen Kontext seiner Argumentation knapp skizzieren, anschließend die krisentheoretischen Prämissen darlegen, auf denen das Konzept des autoritären Etatismus fußt, um abschließend der Frage nachzugehen, ob und wie sich dieses Konzept für aktuelle staatliche Veränderungen in Anschlag bringen lässt.

### *Verfall der Demokratie: Autoritärer Etatismus*

Unter dieser bedeutungsschweren Überschrift beschreibt Nicos Poulantzas in der Staatstheorie (ST) die Entstehung einer neuen Staatsform, die er aus den ökonomischen und politischen Krisenprozessen der 1970er Jahre hervorgehen sieht. Im Zuge jener Krise identifiziert Poulantzas in den westlichen Staaten einen Wandel staatlicher Herrschaft, der durch fünf Kernelemente gekennzeichnet ist (vgl. auch Jessop 2006, 56f):

1. Durch eine deutliche Zunahme und Intensität der Konflikte und (Klassen-) Auseinandersetzungen, sowohl zwischen den herrschenden Klassen des »Blocks an der Macht« und den »Volksmassen«, als auch innerhalb des Blocks an der Macht selbst.
2. Durch eine Machtverschiebung von der (parlamentarischen) Legislative zur Exekutive, bei der sich die Macht konzentriert und die einhergeht mit einer Verschiebung (und Verselbständigung) der Dominanzen innerhalb des staatsapparativen Gefüges insgesamt.
3. Durch einen Prozess der zunehmenden Verschmelzung zwischen der Legislative, der Exekutive und der Judikative bei gleichzeitigem Verfall der Funktion des Gesetzes.
4. Durch einen Funktionsverlust der politischen Parteien, die nicht mehr als zentrale Organe zur Herstellung gesellschaftlicher Hegemonie und als Vermittlungsglieder des politischen Dialogs zwischen Verwaltung, Regierung und Wahlvolk fungieren.

5. Durch eine Verlagerung dieser Vermittlungsfunktion hin zu parallel operierenden Machtnetzen, die die offiziellen und formalen Wege demokratischer Willensbildung und Partizipation umgehen und zunehmend Bedeutung erlangen. Doch bevor ich im folgenden genauer auf die fünf Kernelemente, ihre Ursachen und auf die Frage, welche Aktualität ihnen im Lichte derzeitiger staatlicher Veränderungen zukommt, eingehe, sind zuvor noch einige Bemerkungen zur staatstheoretischen Situierung dieser Argumentation nötig.

#### *Poulantzas' Staatstheorie im Kontext des Zirkels um Louis Althusser*

In seinen frühen staatstheoretischen Schriften (1972, PMGK) ist Poulantzas deutlich vom Denken des Althusser-Zirkels beeinflusst, dessen Arbeiten der damaligen »theoretischen Mode« entsprechend (vgl. Dosse 1999), mit dem französischen Strukturalismus »kokettierten« (vgl. Althusser 1975, 63). Jenseits der Frage, ob dieses Etikett und die damit einhergehende Ablehnung der Althusser'schen Theorie, von der v.a. im deutschen und englischen Kontext auch Poulantzas betroffen war, zutreffend ist oder nicht (vgl. Demirović 2007, 8ff.; Clarke 1991), lässt sich festhalten, dass auch der »späte« Poulantzas noch im Kontext der staatstheoretischen Argumentation Althusser's verortet werden muss. Althusser entwickelt eine an Gramscis Konzept des erweiterten Staates angelehnte Begrifflichkeit. Insbesondere bezieht er sich auf Gramscis Aussage, dass sich staatliche Herrschaft nicht allein auf die staatlichen Apparate im engeren Sinn beschränkt. Die von Althusser als repressive Staatsapparate (RSA) bezeichneten Institutionen wie die Polizei, die Gerichte, die Gefängnisse, die Armee usw., werden in ein erweitertes Modell integriert, um über eine bloß »beschreibende Theorie« des bürgerlichen Staates hinaus zu gelangen (IISA, 114f.). Darüber hinaus existiert die Staatsmacht in den von Althusser so bezeichneten ideologischen Staatsapparaten (ISA). Diese umfassen beispielsweise den religiösen ISA (die verschiedenen Kirchen); den schulischen ISA; den familiären ISA; den politischen ISA (Parteien, Verbände); den ISA der Information (Medien) usw.

Im Anschluss an eine Aussage Friedrich Engels' (MEW 37, 462) ließe sich aus der hier vorgeschlagenen Perspektive argumentieren, dass die Konfiguration der ISA »in letzter Instanz« auf dem RSA fußt, der, nach Max Weber (1985, 822) mit dem »Monopol der legitimen physischen Gewaltsamkeit« ausgestattet, die »Basis« oder das »Fundament« der gesellschaftlich-politischen Auseinandersetzungen darstellt. Und so stellt ein Bedeutungszuwachs des RSA und seiner Apparate angesichts zunehmender gesellschaftlicher Spannungen und mangelnder hegemonialer Integration der Gesellschaftsformationen in den siebziger Jahren ein Kernelement des autoritären Etatismus dar. Festzuhalten ist, dass der fordistische Wohlfahrtsstaat strukturell bürokratischer Kontroll- und Überwachungsstaat war, der sich zugleich durch einen enormen Konformitätsdruck auszeichnete (Hirsch 1980, 73ff.; ST, 216ff.). Und im

Zuge sich verschärfender gesellschaftlicher Konflikte, die sich in (wilden) Streiks und Protesten der Neuen Sozialen Bewegungen äußerten (für die BRD vgl. Kannan-kulam 2008, 171ff.; Birke 2007; Hirsch/Roth 1986), bekamen die polizeilichsicherheitsstaatlichen Apparate einen zunehmenden Bedeutungs- und Bewegungsspielraum (Hirsch 1980, 115f.; ST, 216ff.).

Poulantzas erweitert nun das Althusser'sche Modell der ISA/RSA um den ökonomischen Staatsapparat (ÖSA). Jener nimmt innerhalb der staatsapparativen Konfiguration der siebziger Jahre eine besondere Rolle ein, »denn er konzentriert zunehmend in sich die ökonomischen Funktionen des Staates, auch die, die vorher auf seine verschiedenen Apparate verteilt waren.« (ST, 200) Das besondere an diesem Apparat ist somit, dass er mehr als die anderen Apparate durch seine direkte Kopplung an den Akkumulations- und Reproduktionsprozess des Kapitals unmittelbar mit den hier auftretenden Widersprüchen konfrontiert und in diese einbezogen ist. Diese direkte Kopplung führt aber auch dazu, dass der ökonomische Staatsapparat »den Zufällen der Konjunkturpolitik der verschiedenen Regierungen am wenigsten unterworfen ist, [weshalb er, J.K.] häufig einer eigenen Logik [folgt], die in relativem Widerspruch zur allgemeinen Politik des Staates steht« (ebd.). Dass dies so ist, resultiert aus der spezifischen Stellung, die dieser Apparat im fordistisch-keynesianischen Staatstyp innehat. Bezog dieser doch seine Legitimität grundlegend daraus, dass er antrat, die strukturellen Krisen des Kapitalismus zu entschärfen. Der »steuernde Staat« versprach eine relativ krisenfreie Ökonomie mit kontinuierlichem Wachstum und Vollbeschäftigung. Dies bedeutete aber eben auch, dass sich staatliche Politik eben diesem Ziel/Apparat »unterzuordnen« hatte, jener somit zum dominanten Apparat wurde. Jedoch führt die »Ausweitung« der staatlichen Tätigkeiten in »die Ökonomie«, die aus der keynesianisch-fordistischen Politikstrategie herrührt, keinesfalls – wie man annehmen könnte – zu einer Ausweitung staatlicher Macht gegenüber der Wirtschaft. Im Gegenteil, sie vergrößert die Abhängigkeit des Staates von ihr. »Diese Ausweitung entspricht einer Unterordnung aller sozioökonomischen Bereiche unter den Akkumulationsprozess des Kapitals.« (ST, 198) Anders ausgedrückt: Die Legitimität des Staates ist nun direkt an die Herstellung von »Wohlstand« und »Vollbeschäftigung« gebunden. Es geht nicht mehr allein um die »richtigen Rahmenbedingungen« wie Infrastruktur, Bildung etc., sondern darum, ob es dem Staat selbst gelingt, »ökonomisch wirksam« tätig zu werden, wovon bspw. staatliche Investitionen in Forschungs- und Technologieanlagen zeugen oder staatlich finanzierte Weltraum und Militärforschung und -entwicklung (vgl. zu dieser Entwicklung in der BRD Hirsch 1974).

Aus der dem fordistischen Staatstyp zugrunde liegenden relativen Dominanz des ökonomischen Staatsapparats folgt zum einen, dass sich alle anderen Apparate diesem Dispositiv unterordnen müssen; zum andern resultiert aus dieser Dominanz eine relative Abkopplung dieses Apparats vom demokratischen Prozess: Die politische Legitimität generiert sich zunehmend aus dem Erfolg oder Misserfolg des ökonomi-

schen Staatsapparats und die Parteien ordnen sich dem unter, da auch sie ihren »Erfolg« an ihn koppeln.

### *Krisentheoretisches Verständnis*

Wichtig vor diesem Hintergrund ist nun, dass Poulantzas zufolge die im Kapitalismus stets wiederkehrenden Krisenprozesse, deren Ausdruck der autoritäre Etatismus in den 1970er Jahren ist, sich auf mehreren Ebenen angesiedelt sind, die nicht voneinander »abgeleitet« werden können (vgl. Sablowski 2006). Poulantzas geht also davon aus, dass dem Staat (und auch der Ideologie/den ISA) eine zentrale Rolle dabei zukommt, ob und wie sich gesellschaftlich-ökonomische Krisenprozesse äußern und welche Konsequenzen diese haben. So weist Poulantzas bspw. in Faschismus und Diktatur darauf hin, dass der Aufstieg der europäischen Faschismen in den 1920er und 30er Jahren nicht auf der Grundlage eines rein »ökonomistischen« Schemas hinreichend erklärt werden kann, da der Faschismus sich nicht in allen ökonomisch schwachen Staaten durchsetzte. Dass es in Italien und Deutschland zum Aufstieg des Faschismus kam, hängt damit zusammen, so Poulantzas, dass es in diesen Fällen sowohl zu einer ökonomischen als auch zu einer politischen Krise bzw. zu einer umfassenden Krise des Staates gekommen ist (vgl. FD). Vor dem Hintergrund der damaligen Übergangs- und Umbruchphase kapitalistischer Entwicklung vom liberalen hin zum »Monopolkapitalismus« war es der spezifische Konjunkturverlauf des Klassenkampfes, der im Kontext der ökonomischen Krise zu einer politischen Krise führte (vgl. ebd., 17ff.). Entscheidend ist dabei, wie politische Krisen bewältigt werden: Denn die je spezifische Art ihrer Bewältigung determiniert die konkrete Form des Staates, die sich aus diesen Krisenprozessen ergibt. Mit anderen Worten, die Art und Weise der Bewältigung der politischen Krisen entscheidet darüber, ob bürgerliche Herrschaft sich weiterhin in ihrer demokratisch-rechtsstaatlichen »Normalform« bewegt, oder ob es zu einer der verschiedenen Typen des Ausnahmezustates (Bonapartismus, Militärdiktatur, Faschismus) kommt (FD, 335ff.; vgl. Jessop 1985, 94ff.). Ausnahmezustaten zeichnen sich nach Poulantzas im Gegensatz zu den »Normalformen« bürgerlicher Herrschaft dadurch aus, dass in ihnen eine einigermaßen geregelte »Machtzirkulation« durch ein geregeltes Wahlprinzip nicht mehr gewährleistet ist (FD, 347ff.). Jene Machtzirkulation kommt innerhalb des Ausnahmezustats nicht mehr auf der Grundlage einer bestehenden Gewaltenteilung durch politische Parteien als Repräsentativverbindungen zwischen den Klassen und dem Staat zustande, sondern durch parallele Machtnetzwerke (Armee, Verwaltung, Kirche etc.), und sie zeichnen sich weiter dadurch aus, dass in ihnen Rechtswillkür herrscht (ebd., 340ff.; 345, 352ff.). Generell steht das Aufkommen ausnahmegestaltlicher Herrschaft laut Poulantzas immer im Zusammenhang mit einer Hegemoniekrise.

Das Theorem der Hegemoniekrise, auf das Poulantzas hier rekurriert, geht auf eine Argumentation Gramscis zurück (GH, 101f.). Gramsci betont, dass im Bestreben einer Klasse, ihr Interesse zu verallgemeinern, der politischen Führung eine herausragende Bedeutung zukommt. Entsprechend Gramscis anschaulicher Formel, wonach Hegemonie gleich Konsens gepanzert mit Zwang ist, wird Hegemonie von ihm als vor allem in der Zivilgesellschaft organisierte und hergestellte gedacht (GH, 783). Gramsci betont also, dass Herrschaft immer auch auf einem Minimum an Zustimmung oder (stillschweigendem) Konsens beruht – will sie einigermaßen beständig sein. Gelingt es einer (Klassen-)Fraktion, ein spezifisches »Bündnis« zu organisieren und ihr korporatives Interesse (über den Staat und die Zivilgesellschaft) zu verallgemeinern und somit einen »historischen Block« zu formieren, ist auch das Verhältnis zu den subalternen Klassen von zentraler Bedeutung.

Wichtig ist dabei nun, dass diese hegemoniale Verallgemeinerung sich nicht allein um ökonomische und politische Belange dreht. Es kommt ebenfalls im Bereich der Ideologie zur Organisierung und Verallgemeinerung von Hegemonie, in der kulturellen Sphäre und im Erziehungssystem, durch die Mittel der Kommunikationsmedien und die Beeinflussung der öffentlichen Meinung (Hall et al. 1978, 205). Das bedeutet jedoch umgekehrt, dass wenn es einer Klasse(nfraktion) nicht möglich ist, ihr Interesse über den erweiterten Staat zu verallgemeinern und sie auch zu materiellen Zugeständnissen gegenüber den subalternen Klassen nicht (mehr) in der Lage ist, es zu einer Hegemoniekrise kommt, die sich auch auf den (erweiterten) Staat erstreckt.

Im Gegensatz zur hegemonialen Situation, in der der Zwang hinter die Momente des Konsenses zurücktritt bzw. der Zwang dem »spontanen« Konsens [...] der Massen entspricht« (GH, 1637), wird in Situationen der drastischen Störung des »instabilen Kompromissgleichgewichts« die gesamte Basis der politischen Führung und der kulturellen Autorität entblößt und herausgefordert (Hall et al. 1978, 217).

Poulantzas unterscheidet zwei zentrale Momente im Kontext der politischen Krise und des Ausnahmezustates:

1. Die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse bzw. das darauf bezogene »Feld des Klassenkampfes« und
2. das jeweilige System der Institutionen bzw. des Staatsapparates, in dem sich die politische Krise artikuliert.

Poulantzas argumentiert, dass es im Kontext der politischen Krise während des Faschisierungsprozesses zu einer doppelten oder dualen Krise sowohl auf dem Feld des Klassenkampfes als auch im institutionellen System der Staatsapparate gekommen war. Beide Bereiche/Ebenen waren nicht mehr in der Lage, die gesellschaftli-

chen Auseinandersetzungen innerhalb der bestehenden staatsapparativen Konfiguration zu prozessieren.

Im Anschluss an Althusser's Staatsverständnis lässt sich also festhalten, dass ISA und RSA unterschiedliche Funktionen staatlicher Herrschaft umfassen, der Staat sich somit nicht auf seine repressive »Basis« reduzieren lässt und dass darüber hinaus eine ökonomische Krise nicht notwendig eine politische Krise oder eine Staatskrise nach sich ziehen muss. Ob es dazu kommt oder nicht, ist Poulantzas zufolge Ausdruck der »dahinter stehenden« Klassenkämpfe.

Was in dieser frühen Argumentation von 1970 bereits aufscheint, ist Poulantzas' relationales Verständnis des Staats, wonach dieser, »wie auch das ›Kapital‹, als ein Verhältnis, genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen [zu begreifen ist].« (ST, 159)

Aus dem bisher Gesagten ergeben sich drei Fragenkomplexe, auf die ich im Folgenden eingehen werde: Es stellt sich also die Frage, welche Kräftekonstellation dem autoritären Etatismus zugrunde liegt, wie sich diese Konstellation auf die Form der Staatsapparate auswirkt und ob sich das Konzept des autoritären Etatismus für aktuelle staatliche Umbauprozesse noch Erklärungskraft besitzt.

## 1. Krise des Fordismus

Poulantzas ging davon aus, dass die weltweite Krise der 1970er Jahre Ausdruck des Beginns einer neuen Phase kapitalistischer Entwicklung ist, da der monopolkapitalistische oder fordistische Kapitalismus an seine produktiven Schranken stieß. Die spezifische Regulation der »fordistischen« Formationen, die durch die Vorstellung geprägt war, durch eine antizyklische »keynesianische« Wirtschaftspolitik zusammen mit einer weitgehend standardisierten tayloristischen Massenproduktion den ökonomischen Krisenzyklus wirksam steuern zu können, geriet spätestens mit der Ölkrise von 1973 und dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems der fixen Wechselkurse erkennbar in die Krise (Lipietz 1987, 41ff.; Hirsch/Roth 1986, 78ff.).

Dies hatte mehrere Ursachen: Zum einen gelang es während des Krisenzyklus nicht, die ArbeiterInnenklasse auf die Linie der korporatistisch-tripartistischen Arrangements – wie bspw. der »Konzertierten Aktion« in der Bundesrepublik – zu verpflichten (vgl. Schroeder 1984). In diesen »parallelen Machtnetzwerken« wurde versucht, die Lohnforderungen der ArbeiterInnen auf ein planungssicheres Maß festzulegen, dies war aber angesichts galoppierender Preise während der Krise kaum mehr zu vermitteln. Eine Folge war die Zunahme (wilder) Streiks, in denen es der ArbeiterInnenklasse angesichts hoher Beschäftigung vielfach erfolgreich gelang, ihre Forderungen durchzusetzen (Birke 2007). Darüber hinaus gerieten die monotonen fordistisch-tayloristischen Produktionsabläufe an ihre Produktivitätsgrenzen. Neben

den aktiven Revolten der ArbeiterInnen kam es parallel zur passiven Verweigerung (Absentismus, Krankfeiern) und Sabotage der Arbeit (Roth 1974).

Aber auch das Kapital war zusehends weniger gewillt, sich den nationalstaatlich fordistisch-keynesianischen Planungsarrangements zu unterwerfen. Ausdruck hiervon war die seit den 1960er Jahren zunehmende Internationalisierung der Produktion und eine wachsende Zahl von Multinationalen Unternehmen (Fröbel et al. 1977; Lüthje et al. 2002). Darüber hinaus forcierten die »internationalisierten« Kapitalfraktionen neue Produktionsabläufe und -methoden, die mit dazu beitrugen, dass staatliche Steuerungsversuche zunehmend ins Leere liefen. Jene Kapitalfraktionen nutzten die Mittel antizyklischer staatlicher Investitionspolitik letztlich dazu, in neue Produktionstechnologien zu investieren, statt wie in der keynesianischen Wirtschaftspolitik vorgesehen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Im Zuge dieser sich zuspitzenden Krisenprozesse gelang es den durch die fixen Wechselkurse im Arrangement von Bretton Woods »entmachteten« liberalen finanzkapitalistischen Fraktionen sich wieder in Stellung zu bringen (Helleiner 1996). Angesichts des offensichtlichen Scheiterns keynesianischer Wirtschaftspolitik waren die Nobelpreise für die Vertreter des Monetarismus/Neoliberalismus wie Friedrich Hayek (1974) oder Milton Friedman (1976) symbolischer Ausdruck sich wandelnder Kräfteverhältnisse in jener Zeit (Candeias 2004, 110). Zudem wurde angesichts des Zusammenbruchs des Bretton Woods-Systems und der Freigabe der Wechselkurse eine steuernde, antizyklische Wirtschaftspolitik illusorisch. Dieser sich wandelnde Zusammenhang, den ich im folgenden anhand des Zusammenhangs von Geld, ökonomischer Steuerung und Politik kurz skizziere, stellt eine entscheidende »äußere Klammer« für die Herausbildung des autoritären Etatismus dar (Kannankulam 2008, 107ff.).

## 2. Zur Systematik liberalisierter Währungsmärkte

Die Abkopplung des Geldes vom Goldstandard, die mit dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems einherging, brachte eine entscheidende Veränderung der Funktion des Geldes mit sich. Ist das Geld durch den Goldstandard noch an eine reale Ware und produktive Größe (durch menschliche Arbeit hergestelltes Material) gekoppelt, ist mit der Aufhebung dieser Kopplung die Wertfundierung nur rein monetär möglich (Candeias 2004, 107). Elmar Altvater betont in diesem Zusammenhang »die Unverzichtbarkeit der Zentralbank als einer politischen Institution, die nun institutionelle Regeln der Geldmengensteuerung in Bezug auf die Leistungen der Arbeit entwickeln muss, weil die neutrale Bindung an die durch Arbeit produzierte Metallmenge nicht mehr existiert« (Altvater 1997, 100). Wichtigstes Ziel des nun strukturell dominanten Staatsapparates Zentralbank ist es, die Geldmenge im

Verhältnis zur Nachfrage knapp zu halten, damit der Wert des Geldes zeitlich gegen Inflation und räumlich in der Währungskonkurrenz stabil gehalten wird.

Geld habe, so Altvater/Mahnkopf (2002, 160), zwei Preise. Einen zeitlichen, den Zins, und einen räumlichen, den Wechselkurs. Bei freiem Geld- und Kapitalverkehr und voller Konvertibilität der Währungen kann ein Preisverfall im Raum, also die Abwertung der Währung, nur gestoppt werden, wenn der Preis in der Zeit, also der Zins angehoben wird. Daraus ergibt sich ein Dilemma: Ein stabiler Wechselkurs schließt eine unabhängige Geldpolitik und einen freien Kapitalverkehr aus. Freie Wechselkurse haben somit eine Auswirkung auf den Preis des Geldes in der Zeit, den Zins. Für das Verhältnis von Gläubigern und Schuldnern bedeutet dies, dass sich auf Seiten der Schuldner der Zwang zur »erwerbswirtschaftlichen Rationalität« (Max Weber), die an sich ein Produktivitätsmerkmal des Kapitalismus darstellt, nunmehr wandelt. Investitionen in produktives Kapital, vor allem über Schulden (vor-)finanziert, können sich u.U. nicht mehr lohnen. Denn bei freien Wechselkursen ist es seitens der Zentralbanken »rational«, einer etwaigen Abwertung der eigenen Währung durch eine Hochzinspolitik entgegenzuwirken. Und zu hohe Zinsen führen dazu – zumal wenn sie über der Rentabilität produktiver Investitionen oder der Wachstumsrate des Sozialprodukts liegen –, dass die »Bedienung« der Schulden aus der produktiven Masse getätigt werden muss und das Wachstum somit zurückgeht. Es gibt noch einen weiteren Grund für den Anstieg der Zinsen in einem System freier Wechselkurse: Die Möglichkeit der durch die Liberalisierung gegebenen schnellen Mobilisierung von Geldkapital. Droht der Wertverlust einer Währung, gibt es für die Geldvermögensbesitzer die Möglichkeit, ihr Geldvermögen in eine stabilere Währung einzutauschen. Aufgrund dieser latent drohenden Dynamik befinden sich die Währungen in einem beständigen Stabilitätswettkampf miteinander. Dies einmal in Gang gesetzt, konkurrieren die Geldvermögensbesitzer um die günstigsten Anlagemöglichkeiten, die nun nicht (mehr) im produktiven Sektor liegen. Dem entspricht eine drastische Ausweitung und Diversifizierung von Finanzierungsinstrumenten, die Ausdruck davon sind, dass bei hohen Zinsen die Aufnahme eines Kredits ein zunehmendes Risiko in sich birgt.<sup>1</sup>

1 Zu nennen ist hier insbesondere der Ausbau der *Märkte für Derivate*, auf dem es um den Handel mit Finanzprodukten dreht, »die sich auf die künftige Entwicklung der vorgenannten Finanzierungsinstrumente, z.B. den Kurs von Anleihen oder Aktien oder einer Währung beziehen, also von diesen abgeleitet sind.« (Candeias 2004, 112) Derartige Geschäfte bezogen sich ursprünglich darauf, Wechselkursschwankungen bei Exportgeschäften abzusichern. Zu unterscheiden sind hierbei die *Garantie* eines Kurses, auch wenn zum Zeitpunkt des tatsächlichen Geschäfts der Kurs oder Zins abweicht: das sog. *Hedging*; der Versuch, Ertragsdifferenzen zwischen verschiedenen Geldanlagen auszunutzen: das sog. *Arbitragegeschäft*; oder aber von einer erwarteten Veränderung von Wechselkursen oder Zinsen etc. zu profitieren: *Spekulation* (Huffschmid 1997, 74; vgl. Candeias 2004, 112, siehe auch Setton 2001, 71-72).

Unter den Bedingungen einer Hochzinspolitik ist es also zum einen nicht lohnenswert und zum andern, wenn dies über die Aufnahme von Schulden erfolgen sollte risikohaft, in produktive Sektoren zu investieren. Dies führt in den jeweiligen Nationalökonomien zu einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes. Für nationalstaatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik stellt sich dies u.a. als Rückgang der aus dem produktiven Sektor erwirtschafteten Gewinne und somit der Steuereinnahmen dar. Um dies auszugleichen bestehen wiederum idealtypisch zwei Möglichkeiten: Zum einen die Aufnahme von Schulden, was sich aber unter dem Zwang zur Stabilität verbietet, zum anderen die Umverteilung der Schulden nach »unten« durch eine Erhöhung des relativen oder absoluten Mehrwerts und/oder einer Senkung der Löhne.

Dies hat Konsequenzen für die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die Handlungsfähigkeit des Staates. So steigt mit der Verstaatlichung der Schulden der Druck auf die Organisationen der Arbeit, »sich mit einem geringeren Anteil des BIP [Bruttoinlandsprodukts, J.K.] zufriedenzugeben, um die Renditeansprüche der großen Geldvermögen erfüllen und zugleich die realen Investitionen stimulieren zu können.« (Altvater/Mahnkopf 2002, 173) Die Gewerkschaften befinden sich damit in einer prekären Situation, denn sie müssen sich auf eine Stagnation oder Senkung der Reallöhne einlassen, »und sie können sicher sein, dass der so geförderte weitere Anstieg von Geldvermögen, die ja quantitativ immer weiter steigende Renditeansprüche generieren, die Krisenhaftigkeit des globalen Finanzsystems enorm steigern« (ebd.).

Der fordistisch-keynesianische Wohlfahrtsstaat geriet also seit den 1970er Jahren von drei Seiten (der Internationalisierung der Produktion, dem Aufstieg der neoliberalen Finanzfraktionen und dem Ausscheren der Arbeiterklasse) unter Druck, so dass sein etatistisch-steuernder Politikmodus zusehends ins Leere lief. Die Versuche im Zuge der sich verschärfenden und ausweitenden Krise, mit den vorhandenen »etatistischen« Mitteln und Instrumenten entgegenzusteuern, entkoppelten sich zusehends von der gesellschaftlich-hegemonialen Basis.

Angesichts dieser Konstellation führten die staatlichen Krisensteuerungsversuche zu den fünf Tendenzen einer zunehmenden Machtverschiebung weg von der (parlamentarischen) Legislative hin zur Exekutive, bei der sich die Macht gewissermaßen konzentriert und die einhergeht mit einer Verschiebung (und Verselbständigung) der Dominanzen innerhalb des staatsapparativen Gefüges insgesamt. Dies führt zu einem Prozess der zunehmenden Verschmelzung zwischen der Legislative, der Exekutive und der Judikative bei gleichzeitigem Verfall der Funktion des Gesetzes, sowie einem Funktionsverlust der politischen Parteien als zentraler Organe der Herstellung gesellschaftliche Hegemonie und als Vermittlungsglieder des politischen Dialogs zwischen Verwaltung, Regierung und Wahlvolk. Und es kommt zu einer zunehmenden Verlagerung der Entscheidungsstrukturen hin zu parallel operierenden Macht-

netzen, die die offiziellen und formalen Wege und Kanäle umgehen und sich zusehends ausweiten.

Dies bedeutet pointiert ausgedrückt nichts anderes, als dass der autoritäre Etatismus als Normalform des bürgerlichen Staates der 1970er Jahre latent Gefahr läuft, zum Ausnahmestaat zu werden. Gleichzeitig ist zumindest bis heute feststellbar, dass in den westlich-fordistischen Staaten die zentralen Bedingungen des bürgerlichen Normalstaates nicht grundlegend abgeschafft wurden.

### *Aktualität des autoritären Etatismus?*

Die Frage ist also, ob das Poulantzasche Konzept des autoritären Etatismus weiterhin Gültigkeit beanspruchen kann. Denn zumindest auf den ersten Blick lässt sich feststellen, dass der nunmehr fast 30 Jahre währende (nimmt man den Machtantritt Margaret Thatchers 1979/80 als Datum) neoliberale Umbau der fordistischen Wohlfahrtsstaaten dem »aufgeblähten« Etatismus der 1960er und 1970er Jahre doch ein deutliches Ende gesetzt hat. Nicht mehr staatlich-antizyklische Krisensteuerung, sondern Privatisierung, mehr Markt und Wettbewerb, sowie schlanker und aktivierender Staat stehen auf der Tagesordnung.

Schaut man jedoch näher hin, lässt sich in der BRD – wenn man sich bspw. die Aufwendungen für das Workfare-Programm Hartz IV ansieht – eine merkwürdige Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des schlanken Staates konstatieren. So veranschlagte die damalige rot-grüne Bundesregierung für das Jahr 2005, in dem das Gesetz in Kraft trat, Aufwendungen in Höhe von 14 Milliarden Euro. Die Ausgaben in diesem Jahr beliefen sich jedoch auf 24,4 Milliarden Euro, rechnet man die verwendeten Finanzmittel aller drei Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) zusammen, so betrugen die Ausgaben sogar 37,5 Milliarden Euro. »Die Arbeitsmarktreform erwies sich also nicht als Kostensenkungs-, sondern als veritables Kostensteigerungsprogramm. Und auch unter der schwarz-roten Koalition liefen die Workfare-Ausgaben weiter aus dem Ruder. Im Finanzplan für 2007 sind hierfür 33,6 Mrd. Euro veranschlagt (BT-Drucksache 16/2301, 11).

Doch in welchem Zusammenhang stehen dieser Umbau der Wohlfahrtsstaaten zu workfare-states und der dabei feststellbare »neue Etatismus« mit der Poulantzaschen Argumentation?

#### 1. Umbau der Produktionsweise

Zum einen lässt sich mit Poulantzas festhalten, dass es im Zuge der Krisenbewältigungsstrategien seit den 1970er Jahren neben der forcierten Internationalisierungsstrategie der Produktion die Produktionsweise in den fordistischen Staaten insge-

samt umstrukturiert wurde (Stichwort: Automatisierung und Computerisierung). Poulantzas sieht in diesen Reorganisationsprozessen der 1970er Jahre eine prinzipielle

Neuorganisation der kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufkommen. Dabei kommt es zugleich zu einer neuen Form der »effektive[n] Verwaltungs-Reglementierung der Arbeitskraft« (ST, 209), so Poulantzas, die eine Strategie des fordistischen Staates zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität darstellt. Die Flexibilisierung in der Produktion als Strategie einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität erfordert jedoch als »Gegenstück« eine Öffnung der rigiden fordistischen Kontroll- und Überwachungsdispositive. Zugleich ist dieser Prozess jedoch gekennzeichnet von »einer bemerkenswerten Wiederentfaltung des juristisch-polizeilichen Netzwerkes [...], das in neuer Form die fein verästelten Regelkreise der sozialen Kontrolle verdoppelt« und von einer zunehmenden »Weitergabe von Informationen« gekennzeichnet ist, die einhergeht mit deren zentraler Erfassung » – die Elektronik verpflichtet! – « sowie der zunehmenden Bedeutung »von Erkennungs- und Nachrichtendiensten« (ST, 217).

Schon Poulantzas macht somit eine paradoxe Doppelbewegung aus: Auf der einen Seite geht der Umbau der Produktionsweise im Zuge der Krise tatsächlich mit mehr »Freiheit« und »Unabhängigkeit« – Eigenverantwortung im aktuell herrschenden Jargon – einher. Auf der anderen Seite machen jedoch die mit den Veränderungen in der Produktion verbundenen neuen Qualifikationen der Arbeitskraft eine neue Form der Kontrolle und Überwachung erforderlich. Denn: Die Flexibilisierung/Individualisierung der Subjekte birgt grundsätzlich das Risiko in sich, dass sie sich tatsächlich verselbständigen und dem Verwertungsimperativ entziehen (Buckel/Kannankulam 2002; De Giorgi 2006). Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Fall des Volvo-Werkes in Uddevalla, in dem die ArbeiterInnen in Gruppen den Arbeitsablauf selbst bestimmen und organisieren konnten, solange am Monatsende das vereinbarte Arbeitssoll erfüllt wurde. »Der reibungslose Ablauf der Produktion«, so Mario Candeias, »hing [...] in nie gekanntem Maße vom Engagement und der Kooperationsbereitschaft der Beschäftigten ab.« (Candeias 2004, 184) Ausgehend von diesen Erfahrungen forderten die Beschäftigten, deren Produktivität höchstes Niveau erzielte, nicht nur ihren entsprechenden Anteil an den Profiten, sondern sie trachteten zusehends auch danach, Einfluss auf die Investitionsentscheidungen und Unternehmensstrategien zu nehmen (ebd.). Das Management von Volvo entzog sich diesen Forderungen 1993, indem es – angesichts der Möglichkeiten zur internationalen Verlagerung der Produktion – das Werk in Uddevalla trotz der dort erzielten hohen Produktivität schloss.

Der Umbau der fordistischen Sicherheitsarchitektur geht also einher mit der Reorganisation der Produktionsprozesse, was eine Verschärfung der bereits bestehenden fordistischen Kontroll- und Überwachungsdispositive nach sich zieht (vgl. ST, 217f.). D.h., der sicherheitsstaatliche Umbau seit den späten 1970er Jahren muss in

engem Zusammenhang mit dem postfordistischen Umbau der Produktionsweise gehen werden. Jener Umbau erforderte eine zunehmende Flexibilität und Eigenverantwortung der Arbeitskraft, die auf der anderen Seite jedoch auf neue Weise beherrscht und »geführt« werden muss, um sie den kapitalistischen Verwertungsprinzipien dienstbar zu machen.

Mit dem Umbau der Produktionsweise ist darüber hinaus die Erosion des fordistischen Normalarbeitsverhältnisses verbunden. An dessen Stelle treten vor dem Hintergrund einer strukturell hohen Arbeitslosigkeit zunehmend prekäre, d.h. unsichere und ungeschützte Arbeitsverhältnisse. Immer mehr Menschen sind von der sozial abgesicherten Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen. Vor diesem Hintergrund ist die gegenwärtige Sozialkontrolle grundsätzlich damit konfrontiert, so Tobias Singelstein und Peer Stolle (2006, 31), »diesen Schub sozialer Desintegration und Ausdifferenzierung aufzufangen und Sicherheitsstrategien zur Verfügung zu stellen, die gewährleisten, dass die von sozialer Teilhabe Exkludierten nicht zu einem unbeherrschbaren Risiko werden.«

Sicherheit hatte im fordistischen Wohlfahrtsstaat eine andere Bedeutung als heute: Versprach der fordistische Wohlfahrtsstaat v.a. soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung und »zumindest partiell gesellschaftlich anerkannte Schutzbereiche gegen Lohnarbeit« in denen es für bestimmte Individuen und Gruppen legitim war, »zumindest in bestimmten Perioden ihres Lebens, z.B. wegen Krankheit, Alter und anderer gesellschaftlicher Verpflichtungen auch eine Existenz außerhalb der Lohnarbeit zu haben« (Peck 2000, 6), so ist das heute in Zeiten von Hartz IV grundlegend anders.

## 2. Aufstieg des Neoliberalismus und Neokonservatismus

Gleichzeitig bildet sich mit dem Aufstieg des Neoliberalismus seit Mitte der 1970er Jahre ein neues ideologisch-politisches Paradigma heraus. Nicht mehr Vollbeschäftigung und Wohlfahrt für alle ist die Maxime, sondern Leistung, Wettbewerb und »mehr Markt« stehen im Vordergrund. Diese Werte stehen zusammen mit dem neokonservativen (v.a. in Deutschland traditionell dominanten) Leitbild des starken Staates für eine Position, die anstrebt, die »Verirrungen« der 1970er Jahre wieder rückgängig zu machen. In einem Leitartikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 31.5.1980 (zit. in Saage 1983, 92), wurden die »persönliche Verweigerung und die parasitäre Inanspruchnahme der Leistungen anderer« beklagt, diese bedrohten die »Grundlagen staatlicher Gemeinschaft.« Die Gesellschaft sei durch den Staat, so das Lamento, nicht mehr regierbar. Infolge der zunehmenden Bereitschaft der Bürger, den Staat bzw. die Gesellschaft für die individuellen Lebensumstände verantwortlich zu machen, gerieten die Institutionen der Konkurrenz-Demokratie in Widersprüche, die sie selbst nicht lösen könnten. Und angesichts chronischer Arbeitslo-

sigkeit, der Investitionsschwäche der Unternehmen und der hohen Verschuldung der öffentlichen Haushalte, sei die Grenze des Sozialstaats erreicht. Ein weiterer Aspekt der konservativen Kritik am Wohlfahrtsstaat war und ist die Angst vor einer schleichenden Durchsetzung des Sozialismus. So sei »auch der gemäßigten Form des Marxismus, dem Sozialdemokratismus, [...] »die enge, wesentliche, traditionell liberale Verbindung von Eigentumssicherung und parlamentarischer Staatsform im letzten etwas Unerträgliches« (so W. Leisner 1979, zit. in Saage 1983, 103). Denn die sozialdemokratische Variante des Marxismus sehe das parlamentarische System keineswegs an den »Imperativ unbedingter Eigentumssicherung gekoppelt«, sondern erblicke darin »jene List der Vernunft, durch welche die Besitzdemokratie zerstört werden kann: Sie rät den Besitzlosen, die Demokratie, die alte Staatsform des Eigentums, gegen diesen Besitz zu wenden.« (Leisner, ebd.)

Oder simpler in den Worten des Wirtschaftsnobelpreisträgers Friedrich Hayek (1981, 38) ausgedrückt: »Gesellschaftliche Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich. Sie ist einfach nötig. Leider Gottes ist das Sozialprodukt nur da, weil Menschen nach ihrer Produktivität entlohnt und dorthin gelockt werden, wo sie am meisten leisten. Gerade die Unterschiede in der Entlohnung sind es, die den einzelnen dazu bringen, das zu tun, was das Sozialprodukt entstehen lässt. Durch Umverteilung lähmen wir diesen Signalapparat.« Und im gleichen Tenor heißt es aktuell zur Mindestlohn-debatte bei Arbeitgeberpräsident Hundt: »Derzeit verdienen 3,4 Mio. Vollzeitbeschäftigte weniger als 1.500 Euro, 2,6 Mio. Arbeitnehmer weniger als 1.300 Euro und 1,3 Mio. Menschen weniger als 1000 Euro« – dies, so lässt sich kurz einfügen, entspricht einem Stundenlohn von ca. 6,10 Euro – »Bei Einführung eines Mindestlohns wären viele dieser Arbeitsplätze akut gefährdet« (zit. nach Dahme/Wohlfahrt 2008, 15).

Diese beiden miteinander verbundenen Prozesse und Tendenzen, der kriseninduzierte Umbau der Produktionsweise und der Aufstieg des Neokonservatismus und Neoliberalismus stellen somit m.E. zusammen mit den finanzkapitalistischen Veränderungen die zentralen Rahmenbedingungen dar, innerhalb derer dem autoritären Etatismus neue Bedeutung zukommt. Die neoliberale Formation und ihre »Produktivität« basiert vor dem Hintergrund einer strukturell hohen Arbeitslosigkeit gerade auf der grundsätzlich prekären Lage der Subalternen. Unsicherheit und Angst vor Abstieg – und zwar für die Mehrheit der Bevölkerung – sind Kernelemente dieser Formation, die auf hoher Flexibilität, Leistungsdruck und zunehmender Entgrenzung von Lohnarbeit und Freizeit beruht. Die Kehrseite hiervon ist der starke Staat, der die Aufgabe hat, die Bedingungen für den freien Markt und Wettbewerb nötigenfalls auch repressiv herzustellen.

Damit geht eine Umdefinition der Ursachen von Kriminalität einher. So wurde die »Theorie der Rationalen Wahl« des Nobelpreisträgers Gary S. Becker, mit der dieser versuchte, ökonomische Prozesse zu erklären, zusehends auf »sämtliche Bereiche menschlichen Verhaltens und damit auch auf als kriminell definierte Verhal-

tensweisen« übertragen (Singelstein/Stolle 2006, 43). Demnach wird menschliches Handeln und damit auch Kriminalität als rationaler Abwägungsvorgang zwischen Nutzen und Kosten interpretiert. Das Begehen einer Straftat verspricht einen höheren Gewinn als legales Verhalten. Singelstein und Stolle (ebd., 44) fassen die Konsequenz dieser »Theorie« wie folgt zusammen:

»Die Theorie der Rationalen Wahl bedingt in diesem Zusammenhang zweierlei: Einerseits wird Kriminalität entmoralisiert und erscheint als normales, berechenbares Verhalten. Andererseits führt diese Sichtweise zu einer Ausweitung des Adressatenkreises sicherheitspolitischer Strategien, da die Gefahr der Devianz nicht mehr an bestimmten persönlichen Dispositionen festgemacht werden kann, sondern als jedem Individuum immanent angesehen wird. Kriminalität wird als normales Risiko definiert, das es zu kalkulieren gilt; als ein vermeidbarer Unfall und nicht als moralische Abweichung. Die Criminology of the Self geht entsprechend davon aus, dass nicht mehr einige Wenige Straftaten begehen, sondern grundsätzlich alle. Kontrolle – und das ist die sicherheitspolitisch zentrale Schlussfolgerung – muss daher in ihrem Wirkungsbereich grundsätzlich unbegrenzt und umfassend sein.«

Aus dieser Theorie folgt auch, dass jedem Individuum Freiheit hinsichtlich seiner oder ihrer Handlungen zugesprochen wird, was im Umkehrschluss bedeutet, dass diese auch alleine für ihr Verhalten verantwortlich gemacht werden. »Für den Bereich der Delinquenz kann die Entscheidung für die kriminelle Handlungsalternative damit nicht mehr auf soziale oder persönliche Defizite zurückgeführt werden, sondern wird als Ausdruck von selbst zu verantwortender »Gefährlichkeit« interpretiert.« (Ebd.)

Vor diesem Hintergrund ist es wohl kaum übertrieben zu sagen, dass aus Herrschafts- und Kontrollperspektive im Gegensatz zum Fordismus potentiell jede und jeder Teil einer Risikopopulation ist (ebd., 57). Jene Risikopopulation beschränkt sich nun nicht mehr wie im Fordismus auf einen kleinen relativ klar vom funktionierenden »Kern« (der integrierten Arbeiterklasse, dem Heer von Angestellten und Beamten) abgrenzbaren »Rest«, die weder steigenden Sozialstatus noch Konsumfähigkeit vorweisen, oder sich aus politischen Gründen nicht »einfügen« konnten oder wollten. Und angesichts der Tatsache, dass dem ausgegrenzten »Rest« auch kein materielles Integrationsangebot gemacht werden kann und soll, macht dies Formen der frühzeitigen Kontrolle nötig, um die Abweichung erkennen zu können, wie in der allenthalben massiv ausgebauten Videoüberwachung, den nach dem 11.09.2001 verabschiedeten Anti-Terror-Gesetzen (Buckel/Kannankulam 2002), dem im November 2007 verabschiedeten Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung, dem im Mai 2007 verabschiedeten Passgesetz, wonach in den neuen Reisepässen zusätzlich zum Passbild die Daten von zwei Fingern auf RFID-Chips gespeichert werden oder dem geplanten Onlinezugriff auf Melderegister und Passbilder (Banse 2008) deutlich wird (vgl. auch Singelstein/Stolle 2008, 51 ff.; Kannankulam 2008a). Der postfordistische, neoliberale Präventivstaat ist die Kehrseite davon, dass Prekarität die Prämisse neoliberaler Produktivität ist. Nicht nur im Feld der inneren Sicherheit lässt sich somit zeigen, dass der neoliberale Staat keinesfalls ein »Nachtwächterstaat« ist, sondern im Gegenteil ein Ausbau der repressiven Staatsapparate feststellbar ist, die

Poulantzas' Thesen nach wie vor Aktualität zukommen lassen. Der autoritäre Etatismus beschränkt sich also nicht auf die 1970er Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Vor dem Hintergrund der massiven Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten der inter- und transnational operierenden Fraktionen des kapitalistischen Machtblocks haben sich zentrale Elemente des autoritären Etatismus mit dem Aufstieg des Neoliberalismus auf Dauer gestellt, was auch an den derzeitigen workfarepolitischen und sicherheitsstaatlichen Maßnahmen erkennbar ist. Umso wichtiger ist es, sich mit Poulantzas daran zu erinnern, dass Demokratie und Freiheit erkämpfte Errungenschaften sind, die »man erst schätzen lernt, wenn sie einem genommen werden« (ST, 232), um sich den gegenwärtigen autoritär-etatistischen Veränderungen mit theoretischer und praktischer Kritik entgegenzustellen.

### Literatur

- Althusser, Louis 1975: Elemente der Selbstkritik, Berlin.
- Altvater, Elmar 1997: Geld, Globalisierung, hegemoniale Regulierung, in: Becker/Sablowski/Schumm (Hg.): Jenseits der Nationalökonomie? Hamburg, 96-122.
- Altvater, Elmar/Hübner, Kurt 1988: Das Geld einer mittleren Hegemonialmacht. Kleiner Streifzug durch die ökonomische Geschichte der BRD, in: Prokla 73, 6-36.
- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit 2002: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster, 5. Auflage.
- Banse, Philip 2008: Innenministerium forciert Pläne für zentrales Melderegister, auf: heise.de v. 07.02.2008 <http://www.heise.de/newsticker/Innenministerium-forciert-Plaene-fuer-zentrales-Melderegister--meldung/103157>
- Birke, Peter 2007: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt am Main.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus 2007: Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus Neo-Poulantzianischer Perspektive, in: Prokla 147, 217-234.
- Bretthauer, Lars/Gallas, Alexander/Kannankulam, John/Stützle, Ingo (Hg.) 2006: Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, Hamburg.
- Buckel, Sonja 2007: Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts, Weilerwist.
- Buckel, Sonja/Kannankulam, John 2002: Zur Kritik der Anti-Terror-Gesetze nach dem 11. September. Sicherheit im postfordistischen Präventionsstaat, in: Das Argument 244, 34-50.
- Buckel/Fischer-Lescano 2007: Hegemonie gepanzert mit Zwang. Politik und Zivilgesellschaft im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden.
- Candeias, Mario 2004: Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie: Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik, Hamburg.
- Clarke, Simon (Hg.) 1991: The State Debate, Houndmills.
- Dahme, Hans-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert 2008: Sozialstaat und innere Sicherheit, in: Forum Wissenschaft 1, 14-18.
- De Giorgi, Alessandro 2006: Re-Thinking the Political Economy of Punishment. Aldershot.
- Demirović, Alex 2007: Nicos Poulantzas: Aktualität und Probleme Materialistischer Staatstheorie, Münster, 2. erweiterte und korrigierte Neuauflage der Ausgabe von 1987.

- Deutscher Bundestag 2006: Finanzplan des Bundes 2006 bis 2010. Drucksache 16/2301. Berlin. <http://dip.bundestag.de/btd/16/023/1602301.pdf> (Zugriff 04/2008)
- Dosse, François 1999: Geschichte des Strukturalismus, Hamburg.
- Fröbel, Folker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto 1977: Die Neue Internationale Arbeitsteilung: Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Hamburg.
- Hall, Stuart/Critcher, Chas/Jefferson, Tony/Clarke, John/Roberts, Brian 1978: Policing the Crisis. Mugging, the State and Law and Order, London.
- Hayek, Friedrich A. von 1981: »Ungleichheit ist nötig.« Interview in der Wirtschaftswoche, Nr. 11/1981.
- Helleiner, Eric 1996: States and the Reemergence of Global Finance. From Bretton Woods to the 1990s, Ithaca, London.
- Hirsch, Joachim 1974: Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, Frankfurt am Main.
- Hirsch, Joachim 1980: Der Sicherheitsstaat. Das Modell Deutschland, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen, Frankfurt am Main.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland 1986: Das Neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg.
- Huffschmid, Jörg 1997: »Dominanz globalisierter Finanzmärkte«: Politische Kapitulation statt ökonomisches Gesetz, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 31, 69-84.
- Jessop, Bob 1985: Nicos Poulantzas. Marxist Theory and political Strategy, Basingstoke.
- Jessop, Bob 2006: Kapitalistischer Staatstyp und autoritärer Etatismus. Poulantzas' Staatstheorie als moderner Klassiker, in: Brethauer u.a. (Hg.): Poulantzas lesen, Hamburg, 65-81.
- Kannankulam, John 2008: Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas, Hamburg.
- Kannankulam 2008a: »Konjunkturen der inneren Sicherheit – vom Fordismus zum Neoliberalismus«, in: Prokla 152, 413-427.
- Kannankulam, John/Wissel, Jens 2004: Innere Bourgeoisie, in: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 6/II. Hamburg, 1135-1141.
- Lipietz, Alain 1987: Mirages et Miracles. The Crisis of Global Fordism, London.
- Lüthje, Boy/Schumm, Wilhelm/Sproll, Martine 2002: Contract Manufacturing. Transnationale Produktion und Industriearbeit in der IT-Branche, Frankfurt am Main.
- Panitch, Leo 2000: The new imperial state, in: New Left Review 2, 5-20.
- Panitch, Leo/Gindin, Sam 2004: Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium, Hamburg.
- Peck, Jamie 2000: There is no fifth option. Über »welfare to workfare« und den Zwang zur Arbeit, Interview in: Diskus. Frankfurter StudentInnen Zeitschrift 1.
- Poulantzas, Nicos 1972: Aus Anlass der marxistischen Rechtstheorie, in: Reich, Norbert (Hg.): Marxistische und sozialistische Rechtstheorie, Frankfurt am Main, 181-200.
- Roth, Karl Heinz 1974: Die »andere« Arbeiterbewegung und die Entwicklung der Kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart: Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München.
- Saage, Richard 1983: Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik, in: Fetscher, Iring (Hg.): Neokonservatismus und »Neue Rechte«. München, 66-116.
- Sablowski, Thomas 2006: Krise und Staatlichkeit bei Poulantzas, in: Brethauer u.a. (Hg.): Poulantzas lesen, Hamburg, 82-100.
- Schroeder, Klaus 1984: Der Weg in die Stagnation. Eine empirische Studie zur Konjunktorentwicklung und Konjunkturpolitik von 1967 bis 1982, Opladen.
- Setton, Daniela 2001: Die Entwicklungsdynamik der Finanzmärkte als Teil der Internationalisierung des Kapitals. Diplomarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der J.W. Goethe-Universität, Frankfurt am Main.
- Singelstein, Tobias/Stolle, Peer 2006: Die Sicherheitsgesellschaft, Wiesbaden.
- Singelstein, Tobias/Stolle, Peer 2008: Die Sicherheitsgesellschaft, Wiesbaden, 2. Auflage.
- Weber Max 1985: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen, 5. Auflage der Erstausgabe von 1922.
- Wissel, Jens 2007: Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas' Staatstheorie, Baden-Baden.